



Themenkoordinationsgruppe gegen die Folter

Jahresbericht Nigeria 2014

Folter durch Polizei, Militär und Sicherheitskräfteⁱ

Folter und andere Formen unmenschlicher und erniedrigender Behandlung durch Polizei und andere Sicherheitskräfte sind in Nigeria weit verbreitet. Opfer sind Menschen, die wegen tatsächlicher oder angeblicher Vergehen von der Polizei verhaftet wurden und mutmaßliche Mitglieder der islamistischen Gruppe Boko Haram, die vom Militär in Haft gehalten werden.

Gegenüber Amnesty International berichteten Häftlinge und Zeugen, dass sie während der Haft mit Macheten und Gewehrkolben geschlagen und an den Füßen aufgehängt wurden, dass sie Scheinexekutionen ausgesetzt wurden, dass sie durch enge Fesselung mit Kabeln an Armen und Händen verletzt und mit Kabeln geschlagen wurden, dass sie unter schwere Sandsäcke gelegt wurden und dass Sicherheitskräfte mit Stiefeln über sie liefen, dass sie an Pfähle gebunden den ganzen Tag über in extremer Hitze stehen mussten, dass ihnen in die Füße oder andere Körperteile geschossen wurde.

Wiederholt wurde Amnesty International berichtet, dass die Polizei regelmäßig Verdächtige foltert um Geständnisse zu erpressen. In vielen Polizeistationen wird den Verdächtigen Kontakt zu einem Anwalt versagt und die Polizeiberichte sind oft lücken- und fehlerhaft. Amnesty International wurde auch berichtet, dass Menschen zum Zweck der Erpressung von Bestechungsgeldern inhaftiert und erst freigelassen werden, wenn sie die sogenannte „police bail“ bezahlt haben. Ihre Namen werden dann nicht in den Listen der Verhafteten geführt.

In vielen Fällen werden Geständnisse, die unter Folter gemacht wurden, vor Gericht als Beweise gewertet, entgegen nationalem und internationalem Recht.

Das Militär hält seit Ende 2010 eine große Zahl von Menschen gefangen, die mutmaßlich der bewaffneten islamistischen Gruppe Boko Haram angehören.

In den Gefangenenlagern des Militärs wird den Inhaftierten jeder Kontakt zu ihren Familien versagt, und in den meisten Fällen verweigert das Militär jede Aussage darüber, ob sich eine Person in ihrem Gewahrsam befindet oder nicht. Einige Familien haben Anwälte beauftragt, die gerichtliche Anordnungen für die Freilassung ihrer Angehörigen erwirkt haben; diese werden jedoch vom Militär ignoriert. Amnesty International ist nicht ein einziger Fall unter den geschätzt bis zu 2500 vom Militär Inhaftierten bekannt, der eines konkreten Verbrechens beschuldigt und einem Gericht überstellt wurde, wie es die nigerianische Verfassung verlangt. Die Verweigerung von Kontakten zu Anwälten, Ärzten und Angehörigen erhöht das

Risiko, dass diese Gefangenen gefoltert werden.

Ferner wird angenommen, dass der State Security Service (SSS), Nigerias Geheimdienst in seinem Hauptsitz in Abuja und anderen Stützpunkten in Nigeria 50-200 Menschen gefangen hält. Es ist schwierig, Informationen darüber zu bekommen, was in diesen Gefangenenlagern passiert und wer dort inhaftiert ist. Amnesty International hat unbestätigte Hinweise darüber erhalten, dass Gefangene angekettet werden und ihnen eine Tüte über den Kopf gestülpt wird. Diese Informationen konnte Amnesty International noch nicht verifizieren.

Artikel 34 der nigerianischen Verfassung von 1999 verbietet Folter, doch es gibt keinerlei Vorschriften oder Maßnahmen zur Ermittlung und Verfolgung von Fällen von Folter, und in Nigerias Strafgesetzbuch fehlt Folter als Straftatbestand.

Die über Jahre schwebende und im März 2011 vom Staatspräsidenten unterzeichnete Gesetzesnovellierung zur Einsetzung einer Nationalen Menschenrechtskommission gibt dieser das Recht, Menschenrechtsverletzungen zu untersuchen und gezielt Polizeistationen und Haftanstalten zu besuchen. Bis heute wird der Menschenrechtskommission jedoch der Zugang zu den Militär-Haftanstalten verweigert. Der Kommission wurden Klagen über Folter und Misshandlungen vorgetragen, aber kein Fall wurde strafrechtlich verfolgt.

Nigeria ratifizierte im Juli 2009 die UN Antifolterkonvention und gründete ein nationales Antifolterkomitee mit der Aufgabe, Hinweise auf Folter und extralegale Tötungen zu untersuchen. Das Komitee ist berechtigt alle Orte zu besuchen, in denen Menschen in Haft sind und umgehend und unparteiisch Folter-Vorwürfe zu prüfen. Dem Komitee wurden bislang jedoch nicht die nötigen Mittel bereitgestellt um sein Mandat auszuführen.

Das Internationale Rote Kreuz hat in den letzten Jahren seine Tätigkeit in Nigeria intensiviert und besucht auch Haftanstalten, doch auch ihm wird kein Zugang zu denen des Militärs und des SSS gewährt.

ⁱ Amnesty International hat immer wieder Aussagen von Folter-Opfern als auch von Zeugen von Folterungen durch nigerianische Sicherheitskräfte in Berichten dokumentiert. Darunter
2002 Security forces: Serving to protect and respect human rights? afr 44/023/2002
2005 Ten years on: injustice and violence haunt the oil delta afr 44/022/2005
2006 Rape - the silent weapon afr 44/020/2006
2008 Prisoners' rights systematically flouted 44/01/2008
2008 Waiting for the hangman afr 44/020/2008
2009 Killing at will afr 44/038/2009,
2012 Trapped in the cycle of violence afr 44/043/2012